

Protokoll – öffentlicher Teil

91. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 08.05.2024
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:37 Uhr
Ort, Raum:	Raum "Sanssouci", Edisonallee 5 - 9, 14473 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Mike Schubert Oberbürgermeister

Mitglieder

Wolfhard Kirsch	CDU	bis 19:37 Uhr
Eric Blume	DIE aNDERE	ab 17:47 Uhr
Matthias Finken	CDU	
Pete Heuer	SPD	
Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	bis 19:50 Uhr
Andreas Menzel	Freie FRAKTION	
Dr. Sigrid Müller	Die Linke	
Chaled-Uwe Said	AfD	ab 17:10 Uhr
Arndt Sändig	DIE aNDERE	ab 17:03 Uhr
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	Potsdam sozial gerecht	
Björn Teuteberg	Freie Demokratische Partei	ab 17:30 Uhr
Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	
Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Stefan Wollenberg	Die Linke	
Daniel Keller	SPD	Vertretung für: Dr. Sarah Zalfen
Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	

Abwesend

Mitglieder

Dr. Sarah Zalfen SPD entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 2.1 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.04.2024

- 3 gemeinsame Sitzung mit den Ortsvorsteher:innen
bezüglich: Digitales Handbuch

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung
zur Thematik Ortsbeiräte

- 4.1 Qualitätsverbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und den Ortsbeiräten
Ortsbeirat Satzkorn 20/SVV/1075

- 4.2 Qualitätsverbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und den Ortsbeiräten
zur Erledigung, Ortsbeirat Neu Fahrland 20/SVV/1116

- 4.3 Umsetzung der Beschlüsse der Ortsbeiräte
zur Erledigung, Ortsbeirat Golm 20/SVV/1176

- 4.4 Thematisierung der Beschlüsse mit Auswirkungen auf das Gebiet des Potsdamer Nordens in allen Ortsbeiräten
zur Erledigung, Ortsbeirat Golm 20/SVV/1177

- 4.5 Verkehrserhebungen bei der Aufstellung und Bearbeitung von B-Plänen
zur Erledigung, Ortsbeirat Golm 20/SVV/1179

- 4.6 Zeitnahe Umsetzung der Beschlüsse der Ortsbeiräte
zur Erledigung, Ortsbeirat Eiche 20/SVV/1217

- 4.7 Beachtung der aktuellen Verkehrserhebungen bei B-Plänen
zur Erledigung, Ortsbeirat Eiche 20/SVV/1218

- 4.8 Vorlage aller Beschlüsse mit Auswirkungen auf den Potsdamer Norden an die Ortsbeiräte
zur Erledigung, Ortsbeirat Eiche 20/SVV/1219

- 4.9 Zeitnahe Bearbeitung von Ortsbeiratsbeschlüssen
zur Erledigung, Ortsbeirat Groß Glienicke 20/SVV/1220

4.10	Vorlage sämtlicher Beschlussvorlagen mit Auswirkungen auf den Potsdamer Norden an die Ortsbeiräte <i>zur Erledigung, Ortsbeirat Groß Glienicke</i>	20/SVV/1221
4.11	B-Pläne und aktuelle Verkehrserhebungen <i>zur Erledigung, Ortsbeirat Groß Glienicke</i>	20/SVV/1222
4.12	Beteiligung der Ortsbeiräte an allen Beschlüssen mit Auswirkungen auf das gesamte Stadtgebiet <i>zur Erledigung, Ortsbeirat Grube</i>	20/SVV/1342
4.13	zeitnahe Umsetzung der Beschlüsse der Ortsbeiräte <i>zur Erledigung, Ortsbeirat Grube</i>	20/SVV/1343
5	Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung	
5.1	Beteiligungsrichtlinie Ortsbeiräte <i>Ortsbeirat Golm</i>	21/SVV/0666
5.2	Ortsteilbeauftragte im Dialog mit Ortsbeiräten <i>Ortsbeirat Fahrland</i>	21/SVV/0767
5.3	Ortsteilbeauftragte/r <i>Fraktion DIE LINKE</i>	22/SVV/0606
5.4	Städtebaulicher Wettbewerb für die Gestaltung der Fläche zwischen dem Biosphärengebäude und dem Betriebshof des Volksparks <i>Fraktion CDU</i>	22/SVV/0301
5.4.1	Städtebaulicher Wettbewerb für die Gestaltung der Fläche zwischen dem Biosphärengebäude und dem Betriebshof des Volksparks <i>Fraktion CDU</i>	22/SVV/0301-01
5.5	Ein neuer Weihnachtsmarkt für die Innenstadt <i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</i>	23/SVV/1389
5.5.1	Ein neuer Weihnachtsmarkt für die Innenstadt <i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</i>	23/SVV/1389-01
5.6	Neuer Standort für den zentralen Weihnachtsmarkt „Blauer Lichterglanz“ <i>Fraktion DIE aNDERE</i>	24/SVV/0033
5.7	Evaluierung des Potsdamer Weihnachtsmarktes <i>Fraktion CDU</i>	24/SVV/0045
5.8	Konzept für eine demokratisch legitimierte Vertretung der Stadtteile in der Landeshauptstadt Potsdam <i>Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters</i>	24/SVV/0069

- | | | |
|-------|---|----------------|
| 5.9 | Berichterstattung der Sportvereine
über die Vergabe von VIP-Karten
<i>Fraktion DIE aNDERE</i> | 24/SVV/0373 |
| 5.9.1 | Ergänzungsantrag: Berichterstattung der Sportvereine
über die Vergabe von VIP-Karten
<i>Fraktionen Die Linke, SPD</i> | 24/SVV/0373-01 |
| 5.9.2 | Berichterstattung der Sportvereine
über die Vergabe von VIP-Karten
<i>Fraktion Die Linke</i> | 24/SVV/0373-03 |
| 5.10 | Gründung Zweckverband Bioabfallverwertung Schwanebeck
<i>Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit</i> | 24/SVV/0357 |
| 5.11 | Umsetzung einer einheitlichen Telefonvorwahl in Potsdam
<i>Fraktion Die Linke</i> | 24/SVV/0399 |
| 6 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 6.1 | Fortführung des Vertrages über das Sammeln und
Transportieren von Abfällen, Wertstoffen
und Fäkalien und die Durchführung der Straßenreinigung im
Gebiet der Stadt Potsdam
<i>Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit</i> | 24/SVV/0483 |
| 6.2 | Evaluation des Modellversuchs Rauchfreie Haltestellen
bzgl. DS-Nr.: 21/SVV/0308, 22/SVV/0971, 23/SVV/0313 und
23/SVV/0987
<i>Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische
Infrastruktur</i> | 24/SVV/0359 |
| 6.3 | Petitionen an die Stadtverwaltung gemäß Beschluss
23/SVV/1096
<i>Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters</i> | 24/SVV/0415 |
| 7 | Sonstiges | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|--|
| 8 | Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung | |
| 8.1 | Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das
Protokoll des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom
24.04.2024 | |
| 9 | Mitteilungen der Verwaltung | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung informiert der Oberbürgermeister über die Bitte der Fraktion Die Linke, die Tagesordnungspunkte 5.5 – 5.7 die Evaluierung des Potsdamer Weihnachtsmarktes betreffend **zurückzustellen**, um die von der Verwaltung avisierte Befragung abzuwarten und eine Entscheidung unter Berücksichtigung der Ergebnisse zu treffen. Frau Hüneke spricht sich dagegen aus, da eine neue Fassung aus dem Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vorliegt, die dies berücksichtige. Im Ergebnis der kontroversen Diskussion schlägt der Oberbürgermeister vor, die Zurückstellung der Tagesordnungspunkte einzeln abzustimmen:

Abstimmung:

Die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 5.5, Ein neuer Weihnachtsmarkt für die Innenstadt, *Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, DS 23/SVV/1389 und 23/SVV/1389-01 wird*

mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Abstimmung:

Die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 5.6, Neuer Standort für den zentralen Weihnachtsmarkt „Blauer Lichterglanz“, *Fraktion DIE aNDERE, DS 24/SVV/0033 wird*

mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Abstimmung:

Die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 5.7, Evaluierung des Potsdamer Weihnachtsmarktes, *Fraktion CDU, DS 24/SVV/0045 wird*

mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Im Weiteren informiert der Oberbürgermeister darüber, dass der Tagesordnungspunkt 5.8, Konzept für eine demokratisch legitimierte Vertretung der Stadtteile in der Landeshauptstadt

Potsdam, Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters, DS 24/SVV/0069 ebenfalls **zurückzustellen** ist, da der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung diese Beschlussvorlage erst nach der Überarbeitung durch die Verwaltung votieren werde.

In Erweiterung der Tagesordnung sollen folgende Themen unter dem „Sonstiges“ aufgerufen werden:

TOP 7.1:

Vorabinformation des GB Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaft bezüglich der Beschlussvorlage „Vorhabenbeschluss und Gründungsbeschluss – Gründung GmbH sowie einer GmbH & Co. KG unter der Beteiligung der Energie und Wasser Potsdam GmbH zum Zwecke der Errichtung, des Betriebes und der Entwicklung eines Photovoltaik-Parks mit Stromspeicher in der Gemeinde Groß Kreutz“ (24/SVV/0566) für die SVV 15.05.2024.

TOP 7.2:

Zum Thema „SG Bornim“ wird Prof. Hafezi sowohl im öffentlichen als auch im nicht öffentlichen Teil unter Sonstiges berichten.

Die so geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und mit Stimmenmehrheit **bestätigt**, bei drei Gegenstimmen.

2.1 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.04.2024

Zum **Protokoll** der 90. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 24.04.2024 gibt es keine Hinweise; es wird mit Stimmenmehrheit, bei drei Stimmenthaltungen **bestätigt**.

3 gemeinsame Sitzung mit den Ortsvorsteher:innen

Herr Bischoff, Büro des Oberbürgermeisters, erläutert eingangs per Präsentation den Prozessverlauf und die Zielstellung des noch nicht abgeschlossenen Prozesses. Er betont, dass alle Beteiligten sich darüber einig gewesen seien, dass dieses Handbuch ein offenes Dokument bleibe und evolutionären Charakter trage. Nach der Kommunalwahl sollen in einem gemeinsamen Workshop Stadtverordnete, Ortsbeiräte und die Verwaltung auf der Grundlage dieses Handbuches Rechte, Pflichten und Verfahren besprechen, um gemeinsam Vereinbarungen zu treffen, mit welchen Maßnahmen die Zusammenarbeit verbessert werden könne. In der sich anschließenden Diskussion wird der Prozess von mehreren Ortsvorstehern positiv bewertet und der Dank an die Beteiligten der Verwaltung unterstrichen. Betont wird, dass die im Handbuch enthaltenen Fristen nun auch Verbindlichkeit erlangen sollten.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass er aus der letzten Diskussionsrunde am 26.04.2024 die Übereinstimmung in der Auffassung mitgenommen habe, dass das Handbuch fortgeschrieben und insbesondere das Verhältnis Ortsbeiräte und Stadtverordnetenversammlung weiter definiert werden müsse.

Er schlägt vor, das Handbuch unter dieser Maßgabe zur Kenntnis zu nehmen und fragt nach dem weiteren Verfahren bezüglich der offenen Anträge unter dem Tagesordnungspunkt 4. Frau Dr. Müller verweist darauf, dass der Hauptausschuss diese Drucksachen zur Erledigung erhalten habe und schlägt vor, dies festzustellen.

4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung

Gegen den Vorschlag, die Erledigung der folgenden Tagesordnungspunkte im Block festzustellen, erhebt sich kein Widerspruch.

Abstimmung:

Die Feststellung der Erledigung des Tagesordnungspunkte 4.1 – 4.13 wird

einstimmig angenommen.

4.1 Qualitätsverbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und den Ortsbeiräten

20/SVV/1075
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, einen Vorschlag zu erarbeiten, der sicherstellt, dass die Beschlüsse der Ortsbeiräte zeitnah umgesetzt werden bzw. aktuelle Sachstände als Verwaltungshandeln regelmäßig den Ortsbeiräten zugehen.
2. Der Ortsbeirat Satzkorn bittet die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister zu beauftragen, dass alle Beschlussvorlagen mit Auswirkungen auf das Gebiet des Potsdamer Nordens, auch in allen Ortsbeiräten thematisiert werden und diskutiert werden können.
3. Der Ortsbeirat Satzkorn bittet die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister zu beauftragen, jedem B-Plan die aktuell erhobenen Verkehrserhebungen zur Grundlage heranzuziehen.

4.2 Qualitätsverbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und den Ortsbeiräten

20/SVV/1116
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, einen Vorschlag zu erarbeiten, der sicherstellt, dass die Beschlüsse der Ortsbeiräte zeitnah umgesetzt werden bzw. bei Verzögerungen die Ortsbeiräte über den aktuellen Sachstand informiert werden.

4.3 Umsetzung der Beschlüsse der Ortsbeiräte

20/SVV/1176
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt einen Vorschlag zu erarbeiten, der sicherstellt, dass die Beschlüsse der Ortsbeiräte zeitnah umgesetzt werden bzw. aktuelle Sachstände als Verwaltungshandeln regelmäßig den Ortsbeiräten zugehen.

4.4 Thematisierung der Beschlüsse mit Auswirkungen auf das Gebiet des Potsdamer Nordens in allen Ortsbeiräten

20/SVV/1177
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, dass alle Beschlüsse mit Auswirkungen auf die Potsdamer Ortsteile, auch in allen Ortsbeiräten überwiesen werden und mit Experten der Verwaltung diskutiert werden können.

4.5 Verkehrserhebungen bei der Aufstellung und Bearbeitung von B-Plänen

20/SVV/1179
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Verfahren der Aufstellung eines jeden Bebauungsplanes

- aktuelle Verkehrsdaten,
- die künftigen verkehrlichen Auswirkungen der jeweils angestrebten städtebaulichen Entwicklung und
- die Einwirkungen der verkehrlichen Entwicklungen im Gesamtraum auf das Plangebiet

sachgerecht in die Abwägung einzustellen und Konflikte planerisch zu bewältigen.

4.6 Zeitnahe Umsetzung der Beschlüsse der Ortsbeiräte

20/SVV/1217
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, mit dem sichergestellt werden kann, dass die Beschlüsse der Ortsbeiräte durch die Verwaltung zeitnah umgesetzt bzw. aktuelle Sachstände als Verwaltungshandeln regelmäßig den Ortsbeiräten mitgeteilt werden.

4.7 Beachtung der aktuellen Verkehrserhebungen bei B-Plänen

20/SVV/1218
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Aufstellung und während der Bearbeitung jedes B-Planes, die aktuell erhobenen Verkehrserhebungen heranzuziehen.

4.8 Vorlage aller Beschlüsse mit Auswirkungen auf den Potsdamer Norden an die Ortsbeiräte

20/SVV/1219
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Beschlüsse, die Auswirkungen auf den Potsdamer Norden haben, allen Ortsbeiräten vorzulegen, damit diese in den Ortsbeiräten thematisiert und diskutiert werden können.

4.9 Zeitnahe Bearbeitung von Ortsbeiratsbeschlüssen

20/SVV/1220
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, der sicherstellt, dass die Beschlüsse der Ortsbeiräte zeitnah umgesetzt werden bzw. aktuelle Sachstände als Verwaltungshandeln regelmäßig den Ortsbeiräten zugehen.

4.10 Vorlage sämtlicher Beschlussvorlagen mit Auswirkungen auf den Potsdamer Norden an die Ortsbeiräte

20/SVV/1221
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass alle Beschlussvorlagen mit Auswirkungen auf das Gebiet des Potsdamer Nordens auch in allen Ortsbeiräten vorgelegt werden, damit diese thematisiert werden und mit Experten der Verwaltung diskutiert werden können.

4.11 B-Pläne und aktuelle Verkehrserhebungen**20/SVV/1222**
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Aufstellung und während der Bearbeitung jedes B-Planes die aktuell erhobenen Verkehrserhebungen mit heranzuziehen und die Ergebnisse entsprechend aktuell mit einfließen zu lassen.

4.12 Beteiligung der Ortsbeiräte an allen Beschlüssen mit Auswirkungen auf das gesamte Stadtgebiet**20/SVV/1342**
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Beschlüsse mit Auswirkungen auf das gesamte Stadtgebiet, auch in allen Ortsbeiräten zu thematisieren und zu diskutieren.

4.13 zeitnahe Umsetzung der Beschlüsse der Ortsbeiräte**20/SVV/1343**
erledigt

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, der sicherstellt, dass die Beschlüsse der Ortsbeiräte zeitnah umgesetzt werden und aktuelle Sachstände als Verwaltungshandeln regelmäßig den Ortsbeiräten zugehen.

5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

5.1 Beteiligungsrichtlinie Ortsbeiräte

21/SVV/0666
erledigt

Entsprechend der Feststellung unter dem Tagesordnungspunkt 4 wird auch dieser Tagesordnungspunkt mit der Empfehlung der Erledigung zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung:

Die Feststellung der Erledigung des Tagesordnungspunkte 5.1 wird

einstimmig **angenommen.**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur verfahrensmäßigen Umsetzung der einheitlichen und gleichmäßigen Handhabung der Anhörungs- und Beteiligungsrechte der Ortsbeiräte eine „Beteiligungsrichtlinie Ortsbeiräte“ zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung bis Ende des III. Quartales 2021 zur Entscheidung vorzulegen.

Im Rahmen der Erarbeitung der Richtlinie ist zu prüfen, in welchen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft die Ortsbeiräte künftig weitergehend beteiligt bzw. angehört werden. Die Ermessensspielräume des §46 Brandenburgischen Kommunalverfassung hinsichtlich möglicher Anhörungs- und Beteiligungsrechte sind im Sinne der Stärkung der Rolle der Ortsbeiräte vollumfänglich auszuschöpfen.

Die Ortsvorstehenden sind in die Erarbeitung der Richtlinie einzubeziehen.

5.2 Ortsteilbeauftragte im Dialog mit Ortsbeiräten

21/SVV/0767
erledigt

Entsprechend der Feststellung unter dem Tagesordnungspunkt 4 wird auch dieser Tagesordnungspunkt mit der Empfehlung der Erledigung zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung:

Die Feststellung der Erledigung des Tagesordnungspunkte 5.1 wird

einstimmig **angenommen.**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass der Ortsteilbeauftragte mindestens zweimal pro Jahr an Sitzungen der jeweiligen 9 Ortsbeiräte teilnimmt, um sich zu aktuellen Themen auszutauschen.

Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt die Position des Ortsteilbeauftragten, seine Kontaktmöglichkeiten und Aufgabengebiete auf der Homepage der Landeshauptstadt präsent zu veröffentlichen.

5.3 Ortsteilbeauftragte/r

22/SVV/0606
ungeändert beschlossen

Der Oberbürgermeister wirbt in seinen Ausführungen dafür, diesem Antrag zuzustimmen, da der jetzige Stellenanteil für den Umfang der bevorstehenden Aufgaben definitiv zu gering sei.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Stelle des, der Beauftragten für die Ortsvorsteher zeitnah besetzt wird.

Zugleich soll diese Stelle aufgewertet werden, indem der/die Beauftragte nicht nur für die Ortsvorsteher, sondern für die Ortsteile zuständig ist. Um der damit verbundenen größeren Verantwortung gerecht werden zu können, soll dafür eine Vollzeitstelle eingerichtet werden.

Über den Stand der Umsetzung sind die Stadtverordneten in ihrer Sitzung im Dezember zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

5.4 Städtebaulicher Wettbewerb für die Gestaltung der Fläche zwischen dem Biosphärengebäude und dem Betriebshof des Volksparks

22/SVV/0301
geändert beschlossen

Herr Finken bringt namens der Fraktion CDU die geänderte Fassung mit der DS 22/SVV/0301-01 ein.

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaft, verweist auf die vom Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes verabschiedete Fassung und empfiehlt, dieser zuzustimmen.

Anschließend wird diese Fassung zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Durchführung eines städtebaulichen/**gestalterischen** Wettbewerbs im Bornstedter Feld für die Fläche zwischen dem Gebäude der Biosphäre und dem Betriebshof des Volksparks. Auf dieser Fläche sind als Zentrum des Entwicklungsbereichs Bornstedter Feld:

- ein Stadtplatz,
- Gebäude für Stadtteolfunktionen, soweit sie nicht in dem Gebäude der Biosphäre untergebracht werden,
- in den Erdgeschossen ggf. vorgesehener Bebauung Bereiche für unterschiedliche Gewerbe und aufenthaltsfördernde Funktionen,
- ein repräsentativer Eingangsbereich für den Volkspark und das Biosphärengebäude sowie
- Grillplätze auf der im angrenzenden B-Plan dafür vorgesehene Fläche vorzusehen.

Der Wettbewerb **ist zeitlich und inhaltlich** zusammen mit der Nachnutzung der Biosphäre zu koordinieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

5.4. Städtebaulicher Wettbewerb für die Gestaltung der Fläche zwischen dem Biosphärengebäude und dem Betriebshof des Volksparks

22/SVV/0301-01
zur Kenntnis genommen

Siehe Tagesordnungspunkt 5.4

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt ~~im Rahmen der Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld~~ die Durchführung eines städtebaulichen/~~gestalterischen~~ Wettbewerbs im Bornstedter Feld für die Fläche zwischen dem Gebäude der Biosphäre und dem Betriebshof des Volksparks. Auf dieser Fläche sind als Zentrum des Entwicklungsbereichs Bornstedter Feld:

- ein Stadtplatz,
- Gebäude für Stadtteilfunktionen, soweit sie nicht in dem Gebäude der Biosphäre untergebracht werden,
- in den Erdgeschossen ggf. vorgesehener Bebauung Bereiche für unterschiedliche Gewerbe und aufenthaltsfördernde Funktionen,
- ein repräsentativer Eingangsbereich für den Volkspark und das Biosphärengebäude sowie
- Grillplätze auf der im angrenzenden B-Plan dafür vorgesehene Fläche vorzusehen.

Der Wettbewerb ist zusammen mit der Nachnutzung der Biosphäre zu koordinieren.

5.5 Ein neuer Weihnachtsmarkt für die Innenstadt

23/SVV/1389
vertagt

Zurückgestellt - um die von der Verwaltung avisierte Befragung abzuwarten und eine Entscheidung unter Berücksichtigung der Ergebnisse zu treffen.

5.5. Ein neuer Weihnachtsmarkt für die Innenstadt
1

23/SVV/1389-01
vertagt

Zurückgestellt - um die von der Verwaltung avisierte Befragung abzuwarten und eine Entscheidung unter Berücksichtigung der Ergebnisse zu treffen.

5.6 Neuer Standort für den zentralen Weihnachtsmarkt „Blauer Lichterglanz“

24/SVV/0033
vertagt

Zurückgestellt - um die von der Verwaltung avisierte Befragung abzuwarten und eine Entscheidung unter Berücksichtigung der Ergebnisse zu treffen.

5.7 Evaluierung des Potsdamer Weihnachtsmarktes

24/SVV/0045
vertagt

Zurückgestellt - um die von der Verwaltung avisierte Befragung abzuwarten und eine Entscheidung unter Berücksichtigung der Ergebnisse zu treffen.

5.8 Konzept für eine demokratisch legitimierte Vertretung der Stadtteile in der Landeshauptstadt Potsdam

24/SVV/0069
vertagt

Zurückgestellt, da der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung diese Beschlussvorlage erst nach der Überarbeitung durch die Verwaltung votieren werde.

5.9 Berichterstattung der Sportvereine über die Vergabe von VIP-Karten

24/SVV/0373
zur Kenntnis genommen

Herr Sändig erläutert das Anliegen des Antrags und die von der Fraktion DIE aNDERE vorgelegte Fassung mit der DS 24/SVV/0373-02, die Grundlage der Diskussion und Abstimmung im Ausschuss für Kultur gewesen ist.

Der Ausschuss für Kultur hat diese Fassung mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend bringt Herr Wollenberg die von der Fraktion Die Linke vorgelegte Fassung vom 07.05.2024 mit der DS 24/SVV/0373-03 ein.

Auf die Nachfrage von Herrn Heuer, worin der Unterschied zwischen beiden Fassungen besteht, führt Herr Sändig aus, dass seine Fraktion eine Auskunft von den Vereinen erwarte, die Fraktion Die Linke zwar eine grundsätzliche Aussage von den Vereinen verlange, ob sie Leistungen in der genannten Art vergeben haben, dann aber den genannten Personenkreis selbst in die Pflicht nimmt.

In der sich anschließenden Diskussion wird die Frage des Datenschutzes, der rechtlichen Zulässigkeit, der Sanktionierung und der Aufwand für die Vereine diskutiert. Herr Prof. Dr. Hafezi, Beigeordneter für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, spricht sich dafür aus, einen Prüfauftrag zu verabschieden, um alle Datenschutzbedenken und möglichen rechtlichen Regelungen prüfen zu lassen. Damit sei auch die Gelegenheit gegeben, die handelnden Akteure mit einzubeziehen.

Dem schließt sich der Oberbürgermeister an und schlägt vor, eine Stellungnahme von Transparency International einzuholen und sich bezüglich der Formulierungsfragen eine Empfehlung geben zu lassen. Er betont die Notwendigkeit einer grundsätzlichen und klaren Regelung.

Herr Wollenberg verweist darauf, dass genau aus diesen datenschutzrechtlichen Fragen heraus mit dem Vorschlag der Fraktion Die Linke die Annehmenden dazu verpflichtet werden zu informieren und damit ihre Daten selbst freigeben. Der Vorschlag sei eine verbindlichere Regelung als die bisherige freiwillige Unterschrift unter den Ehrenkodex.

Im weiteren Verlauf der Diskussion schlägt der Oberbürgermeister folgende Änderung des letzten Satzes der Fassung 24/SVV/0373-03 vor:

Der Stadtverordnetenversammlung ist im September 2024 in einer Mitteilungsvorlage über den Sachstand der Umsetzung zu unterrichten eine Beschlussvorlage zur Umsetzung

vorzulegen.

Diese Änderung übernimmt Herr Wollenberg namens seiner Fraktion.

Für die Abstimmung stellt der Oberbürgermeister fest, dass die ursprüngliche Fassung der DS und die Fassung mit der DS 24/SVV/0373-01 obsolet sind.

Er stellt im Weiteren die Fassung mit der DS 24/SVV/0373-02 zur

Abstimmung:

Die DS 24/SVV/0373-02 wird

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,
bei 2 Ja-Stimmen.

Anschließend wird die Fassung mit der DS 24/SVV/0373-03, einschließlich des geänderten letzten Satzes abgestimmt:

Abstimmung:

Die geänderte Fassung der DS 24/SVV/0373-03 wird

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einigen Gegenstimmen und
einer Stimmenthaltung.

**5.9. Ergänzungsantrag: Berichterstattung der Sportvereine
1 über die Vergabe von VIP-Karten**

24/SVV/0373-01
zur Kenntnis genommen

Siehe Tagesordnungspunkt 5.9

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Drucksache 24/SVV/0373 „Berichterstattung der Sportvereine über die Vergabe von VIP-Karten wird wie folgt ergänzt:

Selbiges Verfahren ist auf alle Träger der Kultur, die öffentliche Gelder von der LHP erhalten, anzuwenden.

**5.9. Berichterstattung der Sportvereine
2 über die Vergabe von VIP-Karten**

24/SVV/0373-03
geändert beschlossen

Siehe Tagesordnungspunkt 5.9

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird – auch in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) in städtischen Betrieben – beauftragt, sicherzustellen, dass Sportvereine, die durch Sportfördermittel der LHP oder durch Sponsoring städtischer Betrie-

be unterstützt werden, gegenüber der Landeshauptstadt eine Erklärung darüber abgeben, ob sie an politische Mandatsträger:innen, leitende Mitarbeiter:innen oder Mitarbeiter:innen kommunaler Unternehmen mit Prokura VIP-Karten oder andere geldwerte Leistungen einem Einzelwert von mindestens 50,- Euro je Karte oder Leistung vergibt.

Der vorgenannte Personenkreis ist verpflichtet, die Annahme solcher Leistungen unaufgefordert gegenüber dem Antikorruptionsbeauftragten der Landeshauptstadt anzuzeigen. Eine Übersicht der angezeigten angenommenen Zuwendungen ist der Stadtverordnetenversammlung jährlich vorzulegen.

~~dem Hauptausschuss eine jährliche Übersicht darüber vorlegen, an welche Personen sie VIP-Karten oder geldwerte Leistungen vergeben haben. **Sie ist auf die Fälle zu beschränken, in denen eine kostenlose Zurverfügungstellung von VIP-Karten oder anderen Leistungen mit einem Gesamtwert von mindestens 50 Euro je Veranstaltung an politische Mandatsträger*innen oder an leitende Mitarbeitende der Stadtverwaltung oder der städtischen Betriebe erfolgte.**~~

Selbiges Verfahren ist auf alle Träger der Kultur, die öffentliche Gelder von der LHP erhalten, anzuwenden.

~~Die Verpflichtung zur Berichterstattung durch die Vereine ist als Bedingung für die Ausgabe der Mittel in die entsprechenden Zuwendungsbescheide oder Vereinbarungen zu formulieren.~~

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2024 in einer Mitteilungsvorlage über den Sachstand der Umsetzung zu unterrichten **eine Beschlussvorlage zur Umsetzung vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einigen Gegenstimmen und
einer Stimmenthaltung.

5.10 Gründung Zweckverband Bioabfallverwertung Schwanebeck

24/SVV/0357
ungeändert beschlossen

Auf eine Einbringung wird verzichtet und die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Potsdam gründet zusammen mit dem Landkreis Havelland, der Stadt Brandenburg an der Havel, dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin und dem Landkreis Stendal den Zweckverband Bioabfallverwertung Schwanebeck. Zu diesem Zweck beschließt die Stadtverordnetenversammlung die als Anlage 1 beigefügte Vereinbarung über die Verbandssatzung des Zweckverbandes einschließlich deren Anlage 1. Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt und beauftragt den Oberbürgermeister, alle dafür notwendigen Schritte zu unternehmen und Dokumente zu zeichnen, insbesondere einen Konsortialvertrag gem. Anlage 3 zu unterzeichnen und eine Abstimmung mit der Aufsicht vorzunehmen.
2. Die Landeshauptstadt Potsdam stimmt der Gründung einer Tochtergesellschaft, der Bioabfallverwertung Schwanebeck GmbH, durch den Zweckverband Bioabfallverwertung Schwanebeck zusammen mit der Abfallbehandlungsgesellschaft Havelland mbH (abh GmbH) zu. Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt und beauftragt den Vertreter der Landeshauptstadt Potsdam in der Versammlung des Zweckverbands Bioabfallverwertung Schwanebeck dafür zu

stimmen, dass der Zweckverband Bioabfallverwertung Schwanebeck die Bioabfallverwertung Schwanebeck GmbH mit dem als Anlage 2 beigefügten Gesellschaftsvertrag zusammen mit der abh GmbH gründet und hierbei 99 % der Anteile übernimmt. Diese Ermächtigung umfasst auch die Umsetzung etwaiger redaktioneller Änderungen im Beschluss- und Anzeigeverfahren an den Dokumenten.

3. Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt und beauftragt den Vertreter der Landeshauptstadt Potsdam in der Verbandsversammlung des Zweckverbands Bioabfallverwertung Schwanebeck nachfolgende Verträge abzustimmen und dem Hauptausschuss rechtzeitig vor der betreffenden Zweckverbandsversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen:
 - einen Betriebsführungsvertrag zwischen dem Zweckverband Bioabfallverwertung Schwanebeck und der Bioabfallverwertung Schwanebeck GmbH,
 - einen Betriebsführungsvertrag zwischen der Bioabfallverwertung Schwanebeck GmbH und der abH GmbH,
 - einen Kaufvertrag über das wirtschaftliche Eigentum an Anlagenteilen zwischen der abh GmbH und der Bioabfallverwertung Schwanebeck GmbH und
 - einen Pachtvertrag zwischen der abh GmbH und der Bioabfallverwertung Schwanebeck GmbH über die Grundstücksnutzung.
4. Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt und beauftragt den Vertreter der Landeshauptstadt Potsdam in der Verbandsversammlung des Zweckverbands Bioabfallverwertung Schwanebeck nach entsprechender vorheriger Beratung im Hauptausschuss, dafür zu stimmen, dass der Zweckverband Bioabfallverwertung Schwanebeck eine kommunal- und beihilfen-rechtskonforme Bürgschaft gegenüber der/den die Bioabfallverwertung Schwanebeck GmbH für Kosten des Bauabschnitts 1, für Planungskosten sowie für Kosten der Übernahme der Altanlageteile von der abh GmbH finanzierenden Bank/Bankenkonsortium bis zu einem Wert von 5 Mio. Euro übernimmt.
5. Die Landeshauptstadt Potsdam wird ab dem 01.07.2025 die anfallenden Bioabfallmengen an den Zweckverband Bioabfallverwertung Schwanebeck bzw. die Bioabfallverwertung Schwanebeck GmbH liefern.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einer Stimmenthaltung.

5.11 Umsetzung einer einheitlichen Telefonvorwahl in Potsdam

24/SVV/0399
abgelehnt

Frau Dr. Müller verweist eingangs darauf, dass dies nicht der erste Antrag zu diesem Thema sei und hier eine prinzipielle Klärung des Anliegens erwartet werde.

Im Ergebnis der Abstimmung findet der Antrag keine Mehrheit.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Bundesnetzagentur die Neuordnung der Vorwahlnummern zu beantragen, mit dem Ziel der Vereinheitlichung der Vorwahl 0331 für das gesamte Stadtgebiet.

Über die Umsetzung ist bis Ende 2024 den betroffenen Ortsteilen (Groß Glienicke, Grube, Marquardt, Uetz-Paaren, Satzkorn, Fahrland, Neu Fahrland) sowie dem Hauptausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 7

6 Mitteilungen der Verwaltung

6.1 Fortführung des Vertrages über das Sammeln und Transportieren von Abfällen, Wertstoffen und Fäkalien und die Durchführung der Straßenreinigung im Gebiet der Stadt Potsdam

24/SVV/0483

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Evaluation des Modellversuchs Rauchfreie Haltestellen bzgl. DS-Nr.: 21/SVV/0308, 22/SVV/0971, 23/SVV/0313 und 23/SVV/0987

24/SVV/0359
zur Kenntnis genommen

Herr Dr. Scharfenberg äußert sein Unverständnis darüber, den Modellversuch zu beenden und wirbt dafür, diesen Prozess weiterzuführen, auch wenn dies mühselig sei.

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaft, begründet den Vorschlag der Verwaltung mit dem erheblichen Aufwand der Verkehrsbetriebe und damit, dass nicht zu erwarten sei, dass sich die diesbezüglichen gesetzlichen Regelungen ändern werden.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

6.3 Petitionen an die Stadtverwaltung gemäß Beschluss 23/SVV/1096

24/SVV/0415
zur Kenntnis genommen

Herr Bischoff, Büro des Oberbürgermeisters, erläutert die Mitteilungsvorlage und verweist darauf, dass ein Beteiligungsportal in Vorbereitung sei, wo digital gemäß § 16 der BbgKVerf Hinweise, Vorschläge und Beschwerden hinterlegt werden können. Damit werde auch die Möglichkeit geschaffen, jährlich einen besseren thematischen Überblick zu geben.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7 Sonstiges

7.1

Vorabinformation des GB Stadtentwicklung, Bauen und Wirtschaft bezüglich der Beschlussvorlage „Vorhabenbeschluss und Gründungsbeschluss – Gründung GmbH sowie einer GmbH & Co. KG unter der Beteiligung der Energie und Wasser Potsdam GmbH zum Zwecke der Errichtung, des Betriebes und der Entwicklung eines Photovoltaik-Parks mit Stromspeicher in der Gemeinde Groß Kreuz“ (24/SVV/0566) für die SVV 15.05.2024

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister die Geschäftsführerin der EWP, Frau Preuß und ihren Kollegen, Herrn Niemeyer-Henning.

Anhand einer Präsentation werden die Projektziele und die Gesellschaftsstruktur dargestellt, damit verbundene Fragen erläutert und die Dringlichkeit einer sofortigen Beschlussfassung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15. Mai 2024 begründet.

7.2:

Information zum Thema „SG Bornim“

Herr Prof. Dr. Hafezi, Beigeordneter für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, erläutert eingangs die Ausgangslage und den Auftrag. Er informiert, dass in der Zeit vom 19.09.2023 bis 11.10.2023 eine Nutzung des Rasenplatzes durch die **Potsdam Royals** erfolgte und stellt diese Zeiten konkret dar sowie die Zeiten zu denen die erste Männermannschaft und die A-Jugend der **SG Bornim** den Platz nutzte und die Zeiten an denen der Platz gesperrt war.

In Folge der Behauptung, die Grasnarbe des Naturrasenplatzes sei infolge des Trainings am 10.10.2023 beschädigt worden, wurde ein Sachverständigengutachten beauftragt. Dies solle klären,

- ob eine Beschädigung der Grasnarbe des Naturrasenplatzes am Standort Bornim vorliegt und wenn ja, in welchem Umfang
- ob die Beschädigung ausschließlich auf die Nutzung am 10.10.2023, von 18.30 – 21.00 Uhr durch den Verein Potsdam Royals zurückzuführen ist
- welche Maßnahmen (für eine Regeneration) erforderlich sind und mit welchen Kosten.

Diese Leistungsbeschreibung ist im Nachgang der Sitzung den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Ein Zwischenbericht des Gutachters, so Herr Prof. Dr. Hafezi werde in der kommenden Woche vorliegen. Schon jetzt könne er aber sagen, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr feststellbar sei, ob die in Rede stehenden Beschädigungen des Rasenplatzes auf die Nutzung des erst gesperrten und dann durch den Oberbürgermeister freigegebenen Platz am 10.10.2024 zurückzuführen sei.

Anschließend informiert Frau Krusemark über die rechtliche Würdigung des Sachverhalts der Vermietung und stellt fest, dass die Nutzungsüberlassung rechtlich korrekt erfolgt ist und es einen Rechtsanspruch auf die Nutzung des Platzes gegeben hat. Darüber hinaus habe es keinen Anlass gegeben davon auszugehen, dass die Schäden genau an diesem Tag entstehen werden, zumal es auch ein sportpolitisches Interesse der Landeshauptstadt Potsdam gegeben hat. Im Ergebnis ist kein rechtswidriges Verhalten des Oberbürgermeisters festzustellen.

Bezüglich der genannten Schadenshöhe beinhalte die Rechnung von ca. 450.000 Euro die

komplette Sanierung des Platzes. Die Beseitigung der Nutzungsfolgen durch die Potsdam Royals betrage 100.000 Euro. Auch hier sei kein schuldhaftes Handeln des Oberbürgermeisters erkennbar.

Vorsitz:

Protokollführung:

Mike Schubert

Heike Ziegenbein